

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und Gebrüder Mohr. Verantwortlich für den Heimattitel, Sport und Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. V.: 2250. Geschäftsstellen: Albersstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 141

Freitag, den 19. Juni 1936

88. Jahrgang

## Streikausdehnung in Belgien Trotz weitgehender Zugeständnisse der Regierung

Brüssel, 18. Juni. Der belgische Streik, der bisher in der Hauptsache auf das Industriegebiet von Lüttich und Charleroi beschränkt war, hat jetzt auch die Hauptstadt Brüssel erfasst. Vor allem in den Brüsseler Vororten hat die Zahl der Streikenden eine starke Zunahme erfahren. Die Kommunisten versuchen, den Streik auf die Brüsseler Zeitungsbetriebe auszudehnen. Voraussichtlich wird auch das Personal der Eisenbahn die Arbeit niederlegen. Weiter wird damit gerechnet, daß das Brüsseler Straßenbahnpersonal und die Tagelohnarbeiter sich dem allgemeinen Ausstand anschließen.

Für die Regierung bedeutet diese Streikverschärfung eine große Enttäuschung, denn kurz vorher war unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die die Bewilligung der Hauptforderungen der Streikenden vorsah. Das Abkommen gewährte im einzelnen allgemeine Lohnerhöhung auf der Grundlage eines täglichen Mindestlohnes von 32 Francs, bezahlten Urlaub von mindestens sechs Tagen, Sicherung der Gewerkschaftsorganisationsfreiheit und grundsätzliche Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche in den Industrien, in denen besonders schwierige und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen vorliegen. Die von der Regierung ausgesprochene Hoffnung, daß die Streikwelle nun zurückgehen würde, hat sich jedoch nicht erfüllt. Vielmehr bezeichnen die Streikenden die Zugeständnisse der Regierung und der Arbeitgeber als völlig unzulänglich. Der Brüsseler Gewerkschaftsbund hat beschlossen, die amtliche Mitteilung der Regierung über die Einigung nicht zu beachten, vielmehr die Brüsseler Arbeiter aufzufordern, sich der Streikbewegung anzuschließen.

### Panzerwagen in den Straßen Lüttichs

In Lüttich versuchten die Streikenden, die Lebensmittelzufuhren abzuschneiden. Milchwagen, Gemüse- und Fruchtabladungen transportierende Fahrzeuge wurden zur Umkehr gezwungen. Im Lütticher Stadtinnern ist die Lage so gespannt, daß die Sicherheitsbehörde den Einsatz von Panzerwagen angeordnet hat, die durch die Straßen patrouillieren. Zur Zeit sind Gendarmerteilungen in Stärke von tausend Mann in Lüttich zusammengezogen. Es wird mit weiteren Straßenunruhen gerechnet. In der Gegend von Mons haben die Streikenden vielfach das Straßenpflaster aufgerissen und mit den Pflastersteinen Barrikaden errichtet.

### Feuergescheft zwischen streikenden belgischen Arbeitern und Gendarmen

Zwei Tote

Brüssel, 19. Juni. Zu einem Feuergescheft zwischen streikenden Arbeitern und Gendarmen ist es am Donnerstagabend in Monsvillie im Bezirk Dornage gekommen. Die Arbeiter hatten die Zufahrtsstraßen zu dem Ort durch Barrikaden verperrt und zur Behinderung der Gendarmerteilungen Glascherben ausgestreut. Am späten Nachmittag wurde ein größeres berittenes Gendarmereiaufgebot nach Monsvillie geschickt, um die Ordnung wieder herzustellen.

Als die Truppen auf der Chaussee anritten, wurden sie zunächst mit Steinwürfen empfangen. Dann fielen von Seiten der Arbeiter Schüsse. Es entwickelte sich ein regelrechtes Feuergescheft. Die Arbeiter mußten schließlich die Flucht ergreifen und ließen in das nahegelegene sozialdemokratische Volkshaus. Die Gendarmerteilung drang mit schußbereiten Katanen nach und verhaftete alle Insassen. Später wurde vor dem kommunistischen Parteilokal ein 26jähriger Arbeiter tot aufgefunden. Er hatte einen Bauchschuß. Aus Erregung über die Vorfälle fiel auf der Straße kurz darauf eine 51jährige Frau tot nieder.

### Streikausbreitungen in Barcelona

In Barcelona dauert der Streik im graphischen Gewerbe mit unverminderter Heftigkeit an. Von den Streikenden wurde eine Reihe von Sabotageakten verübt, Arbeitswillige wurden verprügelt, und in mehreren Werkstätten, deren Belegschaften sich nicht der Streikparole an-

geschlossen hatten, wurden die Inneneinrichtungen und Maschinen zerstört und die Arbeiter mit vorgehaltenen Pistolen zur Niederlegung der Arbeit gezwungen.

Der Generaldirektor der spanischen Polizei teilte mit, daß der auf ein großes Madrider Kaffeehaus verübte Überfall von Anarcho-Syndikalisten organisiert worden sei und daß er aus diesem Grunde die Schließung des anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftshauses angeordnet habe.

### Erbitertes Gefecht zwischen Streikposten und Streikbrechern vor einer amerikanischen Werkzeugfabrik

14 Verwundete

Neuhorl., 19. Juni. Wie aus Kent (Ohio) gemeldet wird, kam es vor der dortigen Werkzeugfabrik, die seit zwei

Monaten bestreikt wird, zu einem blutigen sechsstündigen Gefecht zwischen ungefähr 3000 Streikposten, die mit Gewehren bewaffnet waren, und ebenfalls bewaffneten Streikbrechern.

Bei dem lebhaften Kugelwechsel wurden insgesamt 14 Mann verwundet, darunter einige schwer. Die Unruhen begannen, als die Streikposten versuchten, zwei Lastkraftwagen mit Streikbrechern an der Einfahrt in die Fabrik zu hindern. Die Arbeitswilligen auf dem Lastkraftwagen eröffneten ein heftiges Gewehrfeuer und warfen Tränengasbomben, um sich die Einfahrt zu erzwingen, worauf die Streikposten das Feuer erwiderten. Die Streikposten gaben später die Belagerung der Fabrik auf.

## Sanktionen gescheitert

Erklärung Edens im Unterhaus

London, 19. Juni.

Das Unterhaus begann die Aussprache über die Aufhebung der Sanktionen mit dem üblichen Frage- und Antwortspiel. Das Haus war trotz der Wichtigkeit der zu erwartenden Ereignisse nur mäßig gefüllt. Die Galerien für die Diplomaten und das Publikum waren allerdings bis auf den letzten Platz besetzt. Als Eden sich erhob, rief die Opposition ironisch: „Steh fest!“

In seiner Rede vor dem Unterhaus erklärte Eden, die britische Regierung werde jeden Beschluß loyal durchführen, der auf der kommenden Völkerverversammlung in Genf gefaßt werde. Die Regierung beabsichtige, auch diesmal die Führung zu übernehmen.

Wenn sich die Frage erhebe, was der Völkerbund tun solle, so müsse man in erster Linie zugeben, daß der Zweck, zu dem man die Sanktionen auferlegt habe, nicht erreicht worden sei. Nach reiflicher Erwägung sei er zu der Ansicht gekommen, daß die Fortsetzung der Sühnemaßnahmen, um damit einen Druck auf Italien auszuüben, keinerlei Nutzen habe. Man habe sich eben schwer verrechnet.

Der Feldzug der Italiener in Abessinien habe Erfolg gehabt. Daraus ergebe sich eine Lage, die nur durch eine militärische Aktion von außerordentlich rückgängig gemacht werden könnte. Er stelle die Frage, ob es irgendein Land gebe, das bereit sei, diese militärische Aktion zu ergreifen oder ob auch nur ein Teil der öffentlichen Meinung Großbritanniens bereit sei, dies zu tun.

Wenn der Völkerbund die Absicht habe, in Abessinien einen Völkerbundsfrieden zu erzwingen, dann müsse der Völkerbund zu einer Handlung schreiten, die unvermeidlich zum Krieg im Mittelmeer führe. Niemand könne aber voraussagen, ob ein solcher Krieg auf das Mittelmeer beschränkt bleiben würde. Man könne nicht annehmen, daß der Völkerbund eine solche Entwicklung wolle.

Die britische Regierung sei auf seinen Ratsschlag, den er in seiner Eigenschaft als Außenminister gegeben habe, nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß gekommen, daß sie keine Macht habe, noch länger diese Maßnahmen fortzusetzen, um einen Druck auf Italien auszuüben. (Zurufe: „Schande!“ bei der Opposition und Beifall der Regierungsanhänger). Die Gründe für diese Entscheidung befänden darin, daß nicht erwartet werden könne, daß die Fortführung der bestehenden Sanktionen die Lage Abessiniens wieder herstellen werde, die zerstört worden sei.

Die britische Regierung sei nicht bereit, eine militärische Aktion zu ergreifen. Eine Fortsetzung der Sanktionen würde aber nur zu einem Zusammenbruch der Sanktionsfront führen, so daß sich der Völkerbund in Kürze in einer noch abträglicheren Lage als jetzt befinden würde.

Die Zusicherungen auf Beistand im Falle eines Angriffs im Mittelmeer, die Großbritannien gemäß Artikel 16, Absatz 3, gegeben habe, würden während der Dauer der unsicheren Periode aufrechterhalten werden, die notwendigerweise auf die Aufhebung der Sanktionen folgen würde.

Angeichts der Erfahrungen der letzten Monate habe die Regierung beschlossen, im Mittelmeer ständig eine Verteidigungsposition aufrechtzuerhalten, die stärker sei als die vor Beginn des Streites.

Die Völkerverversammlung müsse bis zur Herbsttagung verschoben werden, weil wohl kein Volk bereit sein würde, diese Frage auf der nächsten Versammlung zu behandeln. Er glaube, daß eine solche Prüfung nur erfolgen könne, nachdem die Sanktionen liquidiert seien. — Er wüßte klarzustellen, daß nach Ansicht der Regierung der Völkerbund fortgeführt werden müsse. (Gelächter der Opposition.)

Eden wandte sich hierauf Deutschland zu und sagte: „Die Mitarbeit Deutschlands ist für den Frieden Europas nicht zu entbehren, und wir wünschen nichts Besseres, als mit Deutschland zu diesem Zwecke zusammenzuarbeiten.“

Minister Eden ging dann auf die Fühlungnahme mit Deutschland ein sowie auf die Generalstabbesprechungen. Zum Schluß erklärte er: Es war für uns und Europa wichtig, dessen versichert zu sein, daß Deutschland glaubt, daß ein Punkt erreicht worden ist, an dem es erklären kann, daß es den politischen Status Europas anerkennt, abgesehen davon natürlich, wie dieser späterhin durch freie Verhandlungen und Übereinkommen abgeändert wird. Eine offene und beruhigende Antwort auf diese Fragen, dessen bin ich sicher, würde ein Signal für die Rückkehr des Vertrauens sein. Wenn eine Versicherung über diesen Punkt gegeben werden könnte, würden alle Elemente in der gegenwärtigen Lage gegeben sein, die uns gestatten würden, den Versuch zu unternehmen, eine dauerhafte Regelung in Europa abzuschließen, die auf dem Verschwinden der entmilitarisierten Zone beruht.

Das war das Hauptziel der Mitteilungen, die der britische Botschafter der deutschen Regierung am 6. Mai übermittelte. Die Fragen, die damals der deutschen Regierung gestellt wurden, waren unserer Ansicht nach sehr notwendig. Aus diesem Grunde glaubt die Regierung, dazu berechtigt zu sein, eine baldige Antwort der deutschen Regierung zu erwarten, eine Antwort, die, wie wir hoffen, einen Fortschritt der Verhandlungen bedeutet, die wir in erster Linie erfolgreich verwirklicht zu sehen wünschen.

Amthlicher Teil Seite 4

